

Antrag

der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

Temporäre Fußgängerüberwege ermöglichen – sichere Querung beschleunigt umsetzen

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert:

1. gemeinsam mit den Bezirken geeignete Regelungswerke zu entwickeln, die es ermöglichen, für bereits verkehrsbehördlich angeordnete dauerhafte Fußgängerüberwege (FGÜ), diese schon vor deren baulicher Realisierung temporär umzusetzen;
2. sich hierbei an den bereits bestehenden Regelungen für temporäre FGÜ, die aufgrund von Baumaßnahmen errichtet werden, zu orientieren;
3. die rechtlichen und technischen Rahmenbedingungen für temporäre FGÜ in geeigneter Weise – etwa über Allgemeinverfügungen oder Verwaltungsvorschriften – verbindlich zu definieren, um unnötige Verzögerungen in den Bezirken zu vermeiden;
4. sicherzustellen, dass bei der Umsetzung temporärer FGÜ insbesondere Schulwege, Senioreneinrichtungen, Spielplätze und Haltestellen vorrangig berücksichtigt werden, sofern dort eine dauerhafte Querung bereits angeordnet wurde.

Dem Abgeordnetenhaus bis zum 31. August 2026 über den Stand der Umsetzung zu berichten.

Begründung

Fußgängerüberwege (FGÜ) sind ein zentrales Element der Verkehrssicherheit, insbesondere für Kinder, ältere Menschen und mobilitätseingeschränkte Personen. Die Umsetzung dauerhafter FGÜ dauert jedoch häufig mehrere Monate oder sogar Jahre, obwohl die verkehrsrechtliche Prüfung und Anordnung abgeschlossen ist und ein Bedarf festgestellt wurde.

Der Koalitionsvertrag sieht vor, dass die Anordnung temporärer FGÜ insbesondere für bereits geplante dauerhafte Überwege grundsätzlich möglich sein soll. Ziel ist es, sichere Querungen kurzfristig zu ermöglichen und damit die Wartezeit bis zur baulichen Umsetzung zu überbrücken.

Ein klar geregeltes Verfahren für temporäre FGÜ existiert in Berlin bisher nicht. Daher ist es notwendig, gemeinsam mit den Bezirken einheitliche und verbindliche Vorgaben zu schaffen, um den Anordnungsprozess zu beschleunigen, die Umsetzung zu vereinfachen und die Verkehrssicherheit zu gewährleisten.

Berlin, den 18.03.2026

Stettner Kraft
und die übrigen Mitglieder
der Fraktion der CDU

Saleh Schopf
und die übrigen Mitglieder
der Fraktion der SPD